

## **Die Grünen und die Migration: Nicht einfach, sich mal ehrlich zu machen!**

### **Die Themen Einwanderung, Flüchtlinge und Integration im neuen Grundsatzprogramm der Grünen**

*Theo Rauch, 29.11.2020*

Der Kampf für eine humanere und weltoffeneren Flüchtlings- und Einwanderungspolitik war stets eine Herzensangelegenheit der Grünen und ihrer Kernklientel. Migrationspolitik gehörte zu den identitätsstiftenden Kernthemen der Partei. Umso seltsamer erschien es, dass in den Pressemitteilungen und auch in der Medienberichterstattung zum neuen Grundsatzprogramm der Partei das Thema Migration nur unter „ferner liefen“ auftauchte.

Hat doch das Thema angesichts der weiterhin skandalösen Zustände an den europäischen Außengrenzen nichts von seiner Brisanz verloren. Bleibt doch die jetzige Bundesregierung und auch die EU mit ihren dürftigen migrationspolitischen Vorschlägen eine auch nur halbwegs überzeugende Antwort auf die Frage nach einem gleichermaßen humanen wie auch realistischen europäischen Grenzregime seit 2015 schuldig. Eine nähere Betrachtung der drei Abschnitte zu Einwanderungs-, Flüchtlings- und Integrationspolitik verrät, warum die Grünen sich mit diesem Teil ihrer Programmatik lieber nicht in die Offensive begeben: Auch sie konnten sich nicht zu einer schlüssigen Antwort durchringen.

Auf den ersten Blick erscheint der Text als ein Konzept einer Einwanderungspolitik, die einerseits der Vision der Offenheit gegenüber Zuflucht und Arbeit Suchenden und andererseits der Notwendigkeit einer Regulierung der Zuwanderung gerecht wird. So wird die Entschlossenheit zur Verteidigung des Asylrechts betont, gleichzeitig wird aber die Notwendigkeit geregelter Verfahren und einer Kontrolle der europäischen Außengrenze hervorgehoben. So wird die Notwendigkeit betont, die Interessen der Migrantinnen und Migranten, der Herkunftsstaaten, aber auch Deutschlands in Einklang zu bringen. „Einwanderungspolitik orientiert sich an den Bedarfen in Deutschland“ heißt es da. Der Dreiklang von verbesserter Fluchursachenbekämpfung, mehr Offenheit durch Schaffung breiterer legaler Wege und effektiver Steuerung des Zugangs unter Berücksichtigung unserer Aufnahme- und Integrationskapazitäten stimmt all jene, die einerseits das Asylrecht verteidigen und die Realität von Einwanderungsgesellschaften endlich anerkennen wollen, aber andererseits die Notwendigkeit erkennen, Migration in allseitigem Interesse besser zu regulieren, hoffnungsfroh.

Die Hoffnung wird enttäuscht, wenn man liest, was unter der Rubrik „Das haben wir vor“ an Konkretisierungsvorschlägen angekündigt wird. Hier findet man neben den vielen, altbekannten Forderungen nach mehr Öffnung und besserer Integration kaum Hinweise darauf, wie die Versprechen nach Regulierung und nach einer am deutschen Bedarf orientierten Begrenzung von irregulärer Einwanderung eingelöst werden sollen. Auch der angekündigte „Neuanfang“ zur Bekämpfung von Fluchtgründen beschränkt sich auf – zum Teil fragwürdige – Binsenweisheiten.

Der zentrale Vorschlag zur Einwanderungspolitik klingt innovativ: Auf Grundlage einer „Talentkarte“ soll es einschlägig qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern ermöglicht werden, sich binnen eines Jahres in Deutschland einen Job zu suchen. Während dieser Zeit der Jobsuche sollen sie hier bereits arbeiten dürfen, um ihren Lebensunterhalt selbst zu

bestreiten. Was nicht gesagt wird ist, wie jene, die keinen geeigneten Job finden, die aber trotzdem bleiben wollen, nach Ablauf des Jahres verabschiedet werden sollen. Zu befürchten ist aber auch, dass der Zugangsweg über an Qualifikationen gebundene Talentkarten viel zu schmal sein wird für die große Zahl ungelernter Arbeitskräfte, welche hier ja in einigen Branchen durchaus gebraucht werden. Diese wären dann weiterhin genötigt, ihr Glück über irreguläre Wege übers Mittelmeer und über ein für sie nicht gedachtes Asylverfahren zu suchen, um hier oft in erbärmlichen Schwarzmarktarbeitsverhältnissen zu landen.

Der zentrale Vorschlag zur Verbesserung der Flüchtlingspolitik besteht darin, die Grenzkontrolle im Erstaufnahmeland auf eine Registrierung zu beschränken und die Angekommenen dann rasch auf die bereitwilligen EU-Staaten zu verteilen, wo dann „Fast & Fair“ Asylverfahren stattfinden sollen. Bezüglich der heiklen Regulierungsfrage danach, was mit abgelehnten Bewerberinnen und Bewerbern geschehen soll wird nur auf das Prinzip der freiwilligen Rückkehr verwiesen. Da – unabhängig von der Bleibeperspektive – vom Tag der Ankunft an Integrationsmaßnahmen und die Option eines Spurwechsels vorgesehen sind, wird wohl das Asylverfahren der Hauptzugangsweg auch für Arbeitssuchende bleiben. Die Forderung „nicht jeder kann bleiben“ bleibt damit eine zahnlose Ankündigung.

Beim Thema Fluchtursachenbekämpfung wird neben einem Verweis auf die Notwendigkeit einer konsequenteren Klimapolitik und Konfliktprävention auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit verwiesen. Wo doch mittlerweile selbst den Insidern der Entwicklungsbranche klar geworden ist, dass ein Mehr an Entwicklungszusammenarbeit keine zusätzlichen Jobs in den Herkunftsländern schafft, solange nicht durch faire Handels- und Investitionsbedingungen bessere ökonomische Chancen geschaffen werden.

Der Grund, warum die Grünen in ihrem neuen Grundsatzprogramm sich bei der Frage nach den Instrumenten der Regulierung und Begrenzung von Zuwanderung so bedeckt halten ist parteipolitisch leicht nachvollziehbar: Bei der konkreten Benennung von Grenzen geht es um heikle Fragen. Um Fragen, die auch innerhalb des linksliberalen Milieus, der Parteimitglieder, der Wählerklientel nicht nur kontrovers, sondern oft auch emotional geführt werden. Angesichts all der anderen dringenden Themen, die einer grünen Antwort bedürfen, erscheint es opportun, diese spaltpilzträchtige, heiße Kiste nicht zu öffnen. Die Koalitionsverhandlungen kommen ja früh genug.

Das Problem einer derartigen Tabuisierungsstrategie ist aber ein zweifaches: Zum einen ein Glaubwürdigkeitsproblem. Nur wer Wege aufzeigt, wie mehr Öffnung mit Zugangsbeschränkungen auf humane und realistische Weise kombiniert werden kann, kann gesellschaftliche Mehrheiten bei jenen finden, die im Rahmen eines liberalen Einwanderungsgesetzes auch Habecks „nicht alle, die zu uns kommen werden bleiben können“ realisiert sehen wollen. Zum anderen eine humane Verantwortung: Nur wer sich nicht um die Grenzziehungsfrage drückt und sich zu praktikablen Synthesen durchringt, kann für Lösungen werben, die den Zuflucht- und Arbeitssuchenden den grausamen und absurd anmutenden Weg übers Mittelmeer und über unsere Asylverfahren ersparen.

Es gibt solche an Humanität und Praktikabilität gleichermaßen orientierten Lösungsvorschläge. Der Sachverständigenrat für Migration und Integration hat in diesem Jahr ein Rekrutierungsverfahren für temporäre Beschäftigungsmöglichkeiten geringqualifizierte

Arbeitskräfte vorgeschlagen, welches diese mittels einer Kaution (zugunsten von Entwicklungsfinanzierung im Herkunftsland) dazu motivieren soll, nach Vertragsende zurückzukehren. Gerald Knaus, der TV-bekanntere Migrationsexperte, hat jüngst ein Buch geschrieben, indem er einen Migrationspakt mit den Herkunftsländern vorschlägt, das neben breiteren legalen Zugangswegen nach Europa eine Rücknahmeverpflichtung für abgelehnte Asylbewerber\*innen vorsieht – neben einer vereinbarten Aufnahmeverpflichtung seitens der EU-Staaten für die Akzeptierten. Sein Argument: Nicht für eine unbekannte Zahl von Angekommenen ohne Bleibeperspektive, sondern nur für eine überschaubare Zahl akzeptierter Asylberechtigter ist eine europäische Einigung auf einen quotenbasierten Verteilungsmechanismus zu erwarten. Andere Vorschläge – unter anderem jene des Autors sowie des Schweizer Journalisten Beat Stauffer - gehen dahin, den Asyl- und Arbeitsmarktbewerber\*innen bereits in ihren Heimatregionen ein international überwacht *Fast & Fair*-Verfahren zu ermöglichen.

Über all diese Begrenzungsvorschläge lässt sich streiten. Über tabuisierte Optionen für die Einlösung der Ankündigung „Nicht jede\*r kann bleiben!“ lässt sich nicht mal streiten. Eine Gelegenheit sich auch auf diesem Feld „mal ehrlich zu machen“ wurde verpasst. War wohl zu knifflig.